



Freiberger Zeitung

Bündnisgrüne werfen CDU-Frau Halbwahrheiten vor**Bei der Argumentation für die Ortsumgehung von Freiberg würden Fakten unterschlagen, behaupten die Bündnisgrünen in Mittelsachsen.**

VON STEFFEN JANKOWSKI

Freiberg/Berlin - Die mittelsächsischen Bündnisgrünen haben mit Erstaunen auf die jüngste Presseerklärung der CDU-Bundestagsabgeordneten Veronika Bellmann zur geplanten Freiburger Umgehungsstraße reagiert. Die Eppendorferin hatte anlässlich einer Bedarfsüberprüfung durch das Bundesverkehrsministerium verkündet, dass das 68-Millionen-Euro-Projekt nicht gestrichen worden, aber noch viel Einsatz für die Realisierung notwendig ist. "Die CDU-Abgeordnete unterschlägt bei diesem Thema einige wesentliche Fakten", erklärt Sebastian Walter.

So fehlt nach Darstellung des verkehrspolitischen Sprechers der Bündnisgrünen in Mittelsachsen schlichtweg das Geld. Im kommenden Jahr seien keine Haushaltsmittel nach dem Straßenbauplan eingestellt. Des Weiteren habe man im Freistaat so viele Straßenneubauten begonnen, dass nach 2011 kaum noch Neubeginne möglich wären. Das ergäbe sich aus den Antworten des Bundesverkehrsministeriums auf die Anfragen seines sächsischen Bundestagsabgeordneten Stephan Kühn.

"Die CDU- Abgeordnete unterschlägt wesentliche Fakten."**Sebastian Walter Bündnisgrüner**

Zudem sei lediglich der Bedarfsplan Schiene auf die einzelnen Projekte hin überprüft worden. Die Straßenprojekte habe das Verkehrsministerium hingegen gar nicht einzeln überprüft, weil es einfach zu viele sind. Eine solche Überprüfung hätte sehr wahrscheinlich eine "Strategische Umweltprüfung" ausgelöst, bei der die EU eine umfangreiche erneute Bürgerbeteiligung fordere.

"In ihrer Euphorie für die Freiburger Umgehungsstraße vergisst Frau Bellmann eine ganze Reihe an wichtigen Informationen", urteilt Sebastian Walter. Neben klammen Kassen lasse sie auch die ernst zu nehmenden naturschutzfachliche Bedenken hinten runter fallen. Nicht einmal der volkswirtschaftliche Nutzen der Umgehungsstraße sei wirklich belegt, so Walter.

Die Notwendigkeit dieser Umgehungsstraße sei aufgrund der stark zurückgehenden Bevölkerungszahlen im Raum Freiberg zweifelhaft. Sich auf bundesweite Verkehrsprognosen zu stützen, ist aus Sicht der Grünen unehrlich. "Die prognostizierten Güterverkehrszuwächse finden zum Beispiel an der Rheinschiene statt, nicht in der sächsischen Provinz", urteilt Walter.

Anstatt Millionen in überdimensionierte Umgehungsstraßen zu verpulvern, ließe sich mit deutlich weniger Geld ein ganzheitliches Konzept zur Verkehrsberuhigung in Freiberg erstellen, behauptet der Sprecher. Dabei gehe es unter anderem um Kreisverkehre, Tempolimits und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Veronika Bellmann hat die Kritik der Bündnisgrünen zurückgewiesen. Sie habe ja gerade darauf hingewiesen, ließ die CDU-Politikerin ihren Mitarbeiter Karsten Geburtig ausrichten, dass um die Finanzierung noch gerungen werden müsse. Und dass der Verkehr im Raum Freiberg zurückgehen soll, sei eine unbelegte Behauptung, argumentiert Geburtig.

Sebastian Walter

Foto: PF

Verkehrspolitischer Sprecher der Bündnisgrünen im Kreis

Bündnisgrüne werfen CDU-Frau Halbwahrheiten vor

Bei der Argumentation für die Ortsumgehung von Freiberg würden Fakten unterschlagen, behaupten die Bündnisgrünen in Mittelsachsen.

VON STEFFEN JANKOWSKI

FREIBERG/BERLIN – Die mittelsächsischen Bündnisgrünen haben mit Erstaunen auf die jüngste Presseerklärung der CDU-Bundestagsabgeordneten Veronika Bellmann zur geplanten Freiburger Umgehungsstraße reagiert. Die Eppendorferin hatte anlässlich einer Bedarfsüberprüfung durch das Bundesverkehrsministerium verkündet, dass das 68-Millionen-Euro-Projekt nicht gestrichen worden, aber noch viel Einsatz für die Realisierung notwendig ist. „Die CDU-Abgeordnete unterschlägt bei diesem Thema einige wesentliche Fakten“, erklärt Sebastian Walter.

So fehlt nach Darstellung des verkehrspolitischen Sprechers der Bündnisgrünen in Mittelsachsen schlichtweg das Geld. Im kommenden Jahr seien keine Haushaltsmittel nach dem Straßenbauplan eingestellt. Des Weiteren habe man im Freistaat so viele Straßenneubauten begonnen, dass nach 2011 kaum noch Neubeginne möglich wären. Das ergäbe sich aus den Antworten des Bundesverkehrsministeriums auf die Anfragen seines sächsischen Bundestagsabgeordneten Stephan Kühn.

„Die CDU-Abgeordnete unterschlägt wesentliche Fakten.“

Sebastian Walter Bündnisgrüner

Zudem sei lediglich der Bedarfsplan Schiene auf die einzelnen Projekte



Sebastian Walter

Verkehrspolitischer Sprecher der Bündnisgrünen im Kreis

Foto: ff

hin überprüft worden. Die Straßenprojekte habe das Verkehrsministerium hingegen gar nicht einzeln überprüft, weil es einfach zu viele sind. Eine solche Überprüfung hätte sehr wahrscheinlich eine „Strategische Umweltprüfung“ ausgelöst, bei der die EU eine umfangreiche erneute Bürgerbeteiligung fordere.

„In ihrer Euphorie für die Freiburger Umgehungsstraße vergisst Frau Bellmann eine ganze Reihe an wichtigen Informationen“, urteilt Sebastian Walter. Neben klammen Kassen lasse sie auch die ernst zu nehmenden naturschutzfachliche Bedenken hinten runter fallen. Nicht einmal der volkswirtschaftliche Nutzen der Umgehungsstraße sei wirklich belegt, so Walter.

Die Notwendigkeit dieser Umgehungsstraße sei aufgrund der stark

zurückgehenden Bevölkerungszahlen im Raum Freiberg zweifelhaft. Sich auf bundesweite Verkehrsprognosen zu stützen, ist aus Sicht der Grünen unehrlich. „Die prognostizierten Güterverkehrszuwächse finden zum Beispiel an der Rheinschiene statt, nicht in der sächsischen Provinz“, urteilt Walter.

Anstatt Millionen in überdimensionierte Umgehungsstraßen zu verpulvern, ließe sich mit deutlich weniger Geld ein ganzheitliches Konzept zur Verkehrsberuhigung in Freiberg erstellen, behauptet der Sprecher. Dabei gehe es unter anderem um Kreisverkehre, Tempolimits und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Veronika Bellmann hat die Kritik der Bündnisgrünen zurückgewiesen. Sie habe ja gerade darauf hingewiesen, ließ die CDU-Politikerin ihren Mitarbeiter Karsten Geburtig ausdrücken, dass um die Finanzierung noch gerungen werden müsse. Und dass der Verkehr im Raum Freiberg zurückgehen soll, sei eine unbelegte Behauptung, argumentiert Geburtig.